

71. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Welche konkrete Kenntnis hat die Bundesregierung von dem Projekt „Seenlandbahn“, welches im Lausitzer Seenland durch einen privaten Investor realisiert werden soll, und in welcher Form wird sie ggf. zur Realisierung des Projekts beitragen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann vom 28. August 2012

Der Bund hat keine konkrete Kenntnis von dem Projekt „Seenlandbahn“.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

72. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung die – im Ergebnis der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag zur Solarförderung – vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zugesagte Rechtsverordnung erlassen, die für den Bau von Photovoltaikanlagen über 10 Megawatt Leistung auf Konversionsflächen vergütungsfähige Rahmenbedingungen schaffen soll?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Katherina Reiche vom 29. August 2012

Durch die Verordnungsermächtigung nach § 64g des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird die Bundesregierung ermächtigt, eine Verordnung zu erlassen, durch die die finanziellen Belange von Photovoltaikanlagen auf Konversionsflächen unter Berücksichtigung energiewirtschaftlicher, netztechnischer, naturschutzfachlicher und finanzieller Belange verbessert werden können.

Die bislang hohen Zubauzahlen an neuen Photovoltaikanlagen zeigen, dass derzeit noch ausreichend Flächen in Deutschland für den Zubau neuer Photovoltaikanlagen zur Verfügung stehen. Von Januar 2012 bis Juli 2012 wurden in Deutschland neue Photovoltaikanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von fast 5 000 Megawatt installiert. Damit ist der gesetzlich festgelegte Zubaukorridor von 2 500 bis 3 500 Megawatt bereits weit überschritten. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung gegenwärtig keine Veranlassung, von dieser Ermächtigungsgrundlage Gebrauch zu machen.